

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kr. 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährlich . . . 98.-
jährlich . . . 192.-

Abschließung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

11. Jahrgang.

Donnerstag, 14. Mai 1931

Nr. 113.



Doumer.

der neue Präsident von Frankreich.

Paul Doumer wurde am 22. März 1857 in Arrillac (Gant) geboren. Er war ursprünglich Professor und Publizist, wandte sich aber der Politik zu und war seit 1888 Deputierter für das Aisne-Departement. Seit 1912 ist er Senator für Korsika. Im Kabinett Bourgeois hatte er in den Jahren 1895-96 das Portefeuille der Finanzen inne. 1898 bis 1905 war er Generalgouverneur von Indochina. Schon im Jahre 1906 kandidierte er auf das Amt des Präsidenten, doch unterlag er mit 371 Stimmen gegen Fallières. Der 119. Stimmen erhielt. Während des Krieges trat Doumer nicht aktiv hervor und war doch in dem kurzlebigen Painlevé-Kabinett (September-Oktober 1917) Staatsminister ohne Portefeuille. Im 7. Kabinett Briand (Januar 1921 bis Januar 1922) war er Finanzminister. Er ist Hauptmann für militärische und Finanzfragen und war auch Berichterstatter des Senats und der Finanzkommission. Im Jahre 1925 war Doumer im Kabinett Briand Nachfolger Doumergues, doch konnte auch er den Posten nicht anhalten. Am 14. Januar 1927 wurde Doumer mit 358 von 473 Stimmen zum Senatspräsidenten gewählt.

Im französischen Volk genießt Doumer besonders deshalb große Achtung weil er im Kriege von acht Söhnen vier verloren hat. Zwei seiner Söhne fielen im Luftkampf.

Italien und Ungarn in die Zollunion einbezogen?

Berlin, 13. Mai. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ bringt eine Meldung über ein österreichisch-italienisch-ungarisches Abkommen betreffend die gegenseitigen Handelsbeziehungen in der Waren-Ein- und Ausfuhr. Das Blatt bemerkt hierzu: Es wurde der Versuch unternommen, die deutsch-österreichische Zollunion in der Richtung nach Italien und nach Ungarn zu erweitern, da die Bestimmungen, die Zollunion in der Richtung auf Rumänien zu erweitern, fehlgeschlagen haben. Die Sache sieht demgemäß jetzt so aus, als ob in Genf zwei Blöcke einander gegenüber treten wollten: ein französisch-tschechoslowakisch-jugoslawisch-rumänisch-polnischer und ein deutsch-italienisch-österreichisch-ungarischer Block.

Das Blatt sagt weiter: Für die prinzipiellen Anhänger der französisch-deutschen Zusammenarbeit sind das sehr wenig erfreuliche Auskünfte. Der Anschluß Deutschlands und Österreichs an das italienisch-ungarische und an das ungarisch-slowakische Experiment, dem die Sozialdemokraten nur mit der schärfsten Opposition begegnen könnten. Inzwischen dürfen wir vielleicht hoffen, daß die politische Gruppierung Europas nach den Genfer Beratungen ein wenig anders ausschauen wird als unmittelbar vor ihnen.

Beneš nach Genf abgereift.

Prag, 13. Mai. Heute um 11 Uhr ist die tschechoslowakische Delegation mit dem Minister Dr. Beneš an der Spitze nach Genf abgereift. Mitglieder der Delegation sind der bevollmächtigte Minister Dr. Kroska, Sektionschef Dr. Friedmann, Direktor Ing. Dozajal und die Sektionschefs Dr. Kucera und Dr. Sedláček. Der juristische Experte Professor Dr. Křemáček tritt morgen die Reise nach Genf an.

Ein folgenschwerer Tag.

Briand unterlegen. — Senatspräsident Doumer im zweiten Wahlgang gewählt.
Briand zieht sich auch von der Außenpolitik zurück?

Paris, 13. Mai. Die heutige Wahl in Versailles hat mit einer großen Ueberraschung geendet. Der erste Wahlgang brachte keinem der beiden Hauptkandidaten, Briand und Doumer, die erforderliche absolute Mehrheit, doch erhielt Briand nur 401 Stimmen, während Doumer mit 442 Stimmen nur noch sieben Stimmen zu dieser Mehrheit fehlten.

Briand zog aus diesem Ergebnis die Konsequenzen und widerrief seine Kandidatur für das nunmehr notwendig werdende zweite Skrutinium. Die Linksparteien stellten Doumer daraufhin einen anderen Gegenkandidaten in der Person des radikalsozialistischen ehemaligen Unterrichtsministers Karray ein, doch erhielt dieser im 2. Wahlgang nur 334 Stimmen, während Senatspräsident Doumer, der Kandidat der Rechten, mit 504 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt wurde.

Nach dem Bekanntwerden des Resultates des ersten Wahlganges hatten sich führende Mitglieder der Linken wiederholt bemüht, Briand von der Zurücknahme seiner Kandidatur abzuhalten. Nach ganz kurzer Zeit war es aber bereits klar, daß Briand fest bleiben werde. Die Versuche, an Stelle Briands den Ministerpräsidenten Laval zur Uebernahme einer Kandidatur für die Linke zu bestimmen, schlugen gleichfalls fehl.

Für das Kabinett Laval, dessen Gehl sich offen für seinen Außenminister eingeseht hatte, bedeutet das Abstimmungsergebnis eine schwere Vereinfachung seines politischen und parlamentarischen Prestiges und es ist einzuwenden nicht abzusehen, welche Folgen dies nach sich ziehen wird. Wer unter diesen Umständen Frankreich in der bevorstehenden Ratstagung in Genf vertreten wird, ist mehr als fraglich. Briand wird es kaum mehr sein, denn er ließ erklären, daß er in dem Wahlergebnis eine Abfolge nicht nur an seine Person, sondern auch an die von ihm vertretene Politik erblicke, und daß er sich deshalb von der Leitung der französischen Außenpolitik zurückziehen werde.

Verailles, 13. Mai. Bei der Wahl des Präsidenten der Republik begann die Abstimmung um 2 Uhr 10 Minuten. Vorher war es zu kommunistischen Kundgebungen gekommen, weil der Vorsitzende Doumer die Bitte des Kommunisten Duclos ums Wort, ignoriert hatte. Um 4 Uhr 55 Minuten wurde das Ergebnis des ersten Wahlganges verkündet. Es erhielten: Doumer 442, Briand 401, Hennessy 15, Cahin (Kommunist) 10, Doumergne 7, Abg. Rivlin 6, Senator Ledru 4, Abg. Painlevé 2, Senator Steeg 1, Abg. Renaudel (Sozialdemokrat) 1, Kriegsminister Maginot 1 Stimme. Im ganzen nahmen 992 Senatoren und Abgeordnete an der Abstimmung teil. Die absolute Mehrheit von 452 war von keinem Kandidaten erreicht, so daß ein zweiter Wahlgang notwendig war.

Die Verkündung des Ergebnisses des ersten Wahlganges wurde mit großer Bewegung aufgenommen. Die Sozialisten begannen mit Ausrufen: „Nieder mit dem Kriege!“

In der Pause zwischen beiden Wahlgängen wurde Briands Verzicht mitgeteilt. In einer amtlichen Verlautbarung, die der Außenminister zur Begründung seiner Haltung ausgegeben hat, heißt es: Eine große Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung hat Briand gebeten, seine Kandidatur auch im zweiten Wahlgang aufrecht zu erhalten. Er hält jedoch eine derartige Haltung als mit seiner Würde unvereinbar, denn, selbst wenn die Möglichkeit eines Erfolges

gegeben wäre, würde er unter diesen Bedingungen nicht die moralische Autorität finden, die notwendig ist, um die hohen Funktionen des Präsidenten der Republik zu erfüllen.

Die Zurückziehung der Kandidatur Briands wurde in den Kreisen der Rechten mit großer Befriedigung aufgenommen. Der persönliche Gegner Briands Franklin Bouillon kommentierte diese Tatsache durch den Ausruf: „Es ist Schluß mit dem Anschluß!“ Als Detail zum ersten Wahlgang ist anzuführen, daß hierbei auch Durré eine Stimme erhalten hat.

Auch Hennessy trat nach dem ersten Wahlgang zurück; er forderte seine Wähler auf, für Doumer zu stimmen. Die Fraktion Maginot, die 65 Mitglieder der Vorkonstituante (Gruppe Lardien), und die radikale Linke beschloßen, für Doumer einzutreten. Die radikalsozialistische Partei stellte den Senator und ehemaligen Minister Pierre Karray zum Kandidaten auf.

An dem zweiten Wahlgang nahmen 893 Senatoren und Deputierte teil; von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel waren 10 unglücklich, die absolute Mehrheit betrug somit 442 Stimmen. Doumer erhielt 504 Stimmen, Senator Karray 334, Painlevé 13, Briand 12, Deputierter Cahin 11, Deputierter Braeké 2, Kriegsminister Maginot 2, Senator Ledru eine, Senator Berard eine und Senator Steeg ebenfalls eine Stimme.

Doumer will der Friedenspolitik treu bleiben.

Paris, 13. Mai. Nach seiner Wahl hat Präsident Doumer die Glückwünsche der Regierungsmitglieder und zahlreicher Senatoren und Abgeordneten entgegengenommen. In einer Ansprache gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Wahl ruhig und würdig verlaufen sei. Er dankte dem Parlament für die große ihm zuerkannte Ehre und glaubte sein Interesse zu sein, wenn er erkläre, daß Frankreich der Friedenspolitik treu zu bleiben gedenke, die es bisher befolgt habe, und die vom Parlament stets gebilligt wurde. Er werde sich an seinen Vorgängern, namentlich an dem Präsidenten Doumergue, ein Beispiel nehmen und sich bemühen, außerhalb und über den Parteien stehend, den von den Franzosen gewünschten inneren und äußeren Frieden aufrecht zu erhalten.

Eine Erklärung Briands.

Paris, 13. Mai. Außenminister Briand hat sich am zweiten Wahlgang nicht mehr beteiligt. Vorher hatte er Versailles verlassen, um in Begleitung seines Kammerdieners nach dem Château de Vaux zurückzukehren. Als sein Wagen den Schloßhof von Versailles verließ, wurde er mit den Ausrufen begrüßt: „Es lebe Briand!“ Briand hat vorher Senatspräsident Doumer aufgesucht und ihm die Versicherung gegeben, daß das Ergebnis der Wahl keineswegs seine freundschaftlichen Gefühle gegenüber Doumer irgend wie ändere.

Notizen aus Deutschland.

Von Heinz Fischer, Berlin.

Das Haushaltsjahr 1930-31 ist am 31. März zu Ende gegangen, nun steht endgültig fest, daß es mit einem Fehlbetrag von 1241 Millionen Mark abschließt. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, wie vorzüglich die erwarteten Steuereingänge abgeschätzt worden sind. Die Wirtschaftskrise hat eben auch die vorzüglichste Schätzung über den Haufen geworfen; anstatt der veranschlagten 10.265 Millionen Mark sind bloß 9024 Millionen Mark in die Staatskasse geflossen. Besonders schlimm ist das Defizit im Hinblick auf das neue, seit 1. April laufende Haushaltsjahr. In ihm sind die Gesamteinnahmen zwar nur mit 9123 Millionen Mark veranschlagt, bleiben die Steuereingänge aber weiterhin so niedrig wie sie im ersten Viertel des Kalenderjahres 1931 waren, dann entsteht in dem kaum begonnenen Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von wenigstens 1300 Millionen Mark. Sollten die Steuererträge noch niedriger werden als bisher, dann wird das Defizit noch größer. Aber auch von der Ausgabenseite her ist das Budget für 1931-32 bedroht. Niemand hatte mit einem so langsamen Rückgange der Arbeitslosigkeit in diesem Frühjahr gerechnet. Die Ausgaben für Unterstützungen werden weit höher sein als veranschlagt und so kann sich das Defizit noch in einem unabweisbaren Maße vergrößern. Aus dieser traurigen Finanzlage schlagen die Rechtsparteien auf ihre Weise politischen Profit, indem sie ja nicht nur die Steuerlast erdrückt, Abbau der Soziallasten heißt seit drei Jahren ihre Parole für alles und nun halten sie ihre Zeit für gekommen. Aber die Sozialdemokratie bekämpft die ungerechtfertigten Abbaugesetze mit aller Macht. Den unglücklichen Opfern unseres Wirtschaftssystems soll nicht auch noch der Staat das Letzte rauben: hunderttausende Arbeitsloser haben ohnehin schon weniger zu essen als Strafgefangene. Die Sozialdemokratie zeigt den Ausweg aus der Finanznot ohne Abbau der Unterstützungen: Reform des Beamtenmonopols und der Tabakbesteuerung, Erhöhung der Benzinsteuer, Notopfer der höheren Einkommen, schärfere Besteuerung der Ausschreitungsantiemien und Beschaffung eines langfristigen Kredites. Sachlich ist der Plan durchführbar; politisch liegt er auf große Hindernisse, denn das Bürgertum will eben den Abbau der „sozialen Kosten“ um jeden Preis.

Die Agrarpolitik des Herrn Schiele wird immer offener zu einer ernstlichen Gefahr für das deutsche Volk. Herr Schiele tut so, als ginge es in Deutschland nur den Agrariern schlecht. Unter seinem Druck verordnet die Reichsregierung Zollerhöhung über Zollerhöhung. Aber wieviel die Großgrundbesitzer auch erreichen, für sie ist alles nur eine „Abschlagszahlung“ auf immer unerwartete Forderungen. Zum 1. Mai hat die Regierung der Arbeiterschaft als Festgeschenk einen Strauß Zollerhöhungen präsentiert. Hier sind einige Blüten daraus: der Schweinezoll für 100 Kilogramm wird von 27 auf 40 Mark erhöht, der Schweinezoll mal Zoll wird von 6 auf 12 Mark erhöht, der Kaserzoll wird von 12 auf 16 Mark erhöht, (so daß er etwa das Doppelte des Weltmarktpreises ausmacht) und der Linsenzoll wird flugs von 4 auf 8 Mark hinaufgehoben. Nicht viel besser ist es mit den Zöllen auf andere Produkte und so verteuert sich die Lebenshaltung von Woche zu Woche. Wie hieß es doch im Herbst so schön? Anfurbelegung der Wirtschaft durch Lohnabbau und Preisabbau. Der Lohnabbau freilich, der ist hemmungslos durchgeführt worden, von einer nennenswerten Verbilligung der lebenswichtigsten Erzeugnisse ist aber keine Rede. Im Gegenteil: seit 6 Wochen ist der Brotpreis überall wieder erhöht worden, in Berlin sogar um 4 Pfennig für ein Kilogramm.

Beunruhigung in Berlin.

Berlin, 13. Mai. Nach den ersten Berichten des Endergebnisses der Versailler Wahl machte sich hier Unruhe und Beunruhigung bemerkbar. Offensichtlich traten hier die Erwägungen über die Folgen auf, die der heutige Tag nicht nur für die französische Politik, sondern auch für die deutsch-französischen Verhältnisse und für die internationalen Beziehungen überhaupt nach sich ziehen könnten. Noch vor Bekanntwerden der ersten Resultate trat Reichsaussenminister Dr. Curtius die Reise nach Genf an. Trotzdem die Verbindung mit ihm auch während der Reise ermöglicht ist, ist dennoch der Kontakt der deutschen amtlichen Stellen naturgemäß beeinträchtigt.

Deshalb bewahren die hiesigen politischen Stellen auch nach Bekanntwerden des Endergebnisses der Wahl große Zurückhaltung. Klar ist jedoch, daß die Uebernahme der Versailler Wahl für die deutschen offiziellen Stellen keine angenehme Ueberraschung darstellt. Es wäre jedoch vorzeitig, jetzt auf Grund dieser Anzeichen von einer Aenderung der politischen Stimmung in Berlin zu sprechen. Erst die kommenden Tage dürften zeigen, welche Konsequenzen die deutsche Politik aus der Niederlage Briands ziehen wird.

Den Armen wird so das Brot geradezu aus der Hand gerissen und hauptsächlich daran schuld sind die Felle des Herrn Scheile. Der Reichstagsler Brüning ist aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangen, er kennt also die Arbeiterkraft; wie kann er glauben, daß sie sich die Rücksichtslosigkeit der Großagrarier noch lange gefallen lassen wird?

Ende Mai versammelten sich die Vertrauensmänner der deutschen Arbeiterschaft auf dem Parteitag in Leipzig. Fast überall sind die Delegierten gewählt und zahlreiche Anträge von Orts- und Bezirksgruppen liegen auch schon vor. Viele von ihnen nehmen Stellung zu dem Disziplinbruch der neun Reichstagsabgeordneten, die dem Fraktionsbeschluss gegenüber den Panzerkreuzer abgelehnt haben. Die Stellungnahme erfolgt in allen Tonarten: Görlich fordert „strenge Maßnahmen gegen die Disziplinbrecher“; Hamburg spricht „den neun Disziplinbrechern die schärfste Mißbilligung aus“; Berlin verlangt, daß „der formale Bruch der Fraktionsdisziplin feinerlei Abmildungen durch organisatorische Maßnahmen erfährt“; eine Anzahl Ortsgruppen mutet dem Parteitag zu, daß er die Abstimmung der neun ausdrücklich billigt. In den Mitgliederversammlungen ist mehrfach bedauert worden, daß der Parteitag sich mit den Disziplinbrechern befassen muß, anstatt seine ganze Aufmerksamkeit der politischen Lage zu widmen. Die Befürchtung, daß die Beratungen von ihrem Hauptgegenstande abgedrängt werden, braucht sich nicht zu rechtfertigen, wenn den Disziplinbrechern ausreichende Gelegenheit zur Verteidigung ihrer Handlungsweise gegeben wird. Denn schließlich ist die Auseinandersetzung über die Gründe dieses Disziplinbruchs zugleich die Auseinandersetzung über das Verhalten zur Regierung Brüning. Von den neun Genossen wird behauptet, daß die faschistische Gefahr nicht mehr so bedrohlich ist wie im Herbst. Sie würden es darauf ankommen lassen, daß der „legal“ gewordene Dittler zur Regierung gelangt und sie veranlassen auch die preußische Machtposition der Sozialdemokratie nur gering. Diesen Genossen wird entgegnet, daß Dittler im letzten halben Jahre zwar viel von seinem Nimbus verloren hat, daß er aber noch über sämtliche 107 Reichstagsitze verfügt und daß deshalb die Machtverhältnisse noch dieselben sind wie im Herbst. Geht die Sozialdemokratie in die Opposition, so treibt sie das Zentrum in die bewillkommene geöffnete Arme der Rechtsradikalen und dann ist für die Arbeiterschaft erst recht nichts zu erreichen.

Freilich wird die simple Gegenüberstellung der Hauptargumente den außerordentlichen Schwierigkeiten der Lage nicht gerecht. Die Regierung wird von Leipzig aus zu hören bekommen, daß auch die Jugenstände der Sozialdemokratie eine unüberschreitbare Grenze haben und nicht zuletzt Herr Brüning wird es also sein, der aus dem Verlaufe des Leipziger Parteitages etwas lernen kann.

Frauen, Politik und Parteien.

Von Irene Kirpal.

„Wir brauchen eine „parteilose“ Frauenpartei! Aufruf an Frauen zur Gründung einer Frauenpartei.“

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Abendzeitung“ vom 9. Mai einen Artikel aus Deutschland, der vom Korrespondenzbureau für Lebensreform in Auftrag übernommen worden ist. Was wird nun in diesem Aufrufe verlangt? Einleitend wird auf die politische und wirtschaftliche Zerfahrenheit und Zerissenheit Deutschlands hingewiesen und daran die Frage geknüpft, ob die Frauen nicht mitverantwortlich sind für all diesen Jammer und ob sie nicht helfen können. Die Antwort liegt in der zweiten Frage: Wie wäre es denn mit tatsächlicher politischer Arbeitgemeinschaft zwischen Frau und Mann? Ging es nur um diese Frage, so müßte man sich mit diesem Aufruf gar nicht beschäftigen, denn eine politische Arbeitgemeinschaft zwischen Frau und Mann gibt es schon bei einzelnen Parteien. Doch der Titel des Aufrufes spricht eine deutliche Sprache. Grundet eine parteilose Frauenpartei! Denn, sagt die Schreiberin, „das absolute Männerregime hat versagt und wird auch in Zukunft versagen, wie jede andere Einseitigkeit auch, das Männerregime hat uns in den Abgrund geführt. Wir sind auf einem toten Punkt angelangt, wo auch die höchgebildeten Männer keinen Ausweg und keine Rettung sehen.“

Der Gedanke, eine allgemeine Frauenpartei zu gründen, ist nicht neu. Schon im Jahre 1869 wurde in Deutschland auf Anregung von Frau Louise-Otto Peters in Berlin ein allgemeiner Frauenbund gegründet, der jedoch schon zwei Jahre später seine Tätigkeit einstellen mußte, weil sich die Arbeiterfrauen mit den Frauen des Bürgertums nicht verstehen konnten. Fast vor jeder Wahl wurde der Gedanke von einigen Frauen des Bürgertums in Erwägung gezogen, ohne jedoch Anhang zu finden. So dürfte auch der von den Lebensreformern in Auftrag übernommene und in der „Abendzeitung“ veröffentlichte Aufruf ein Außer in der Wüste bleiben.

Wir wollen uns mit Einzelheiten des Aufrufes beschäftigen, um zu zeigen, wie politisch unklar der Artikel geschrieben ist.

Die Schreiberin lehnt die Politik der Männer ab, weil, wie sie sagt, die Männer ihren Parteiprogrammen treu bleiben und „jenseits des Jammes ihres Parteiprogrammes nur Feinde und Gegner sehen, aber nicht Menschen, die im Grunde dasselbe wollen und sich nur in den Mitteln und Wegen vergreifen“. Diese Logik ist ganz falsch! Es zeigt die politische Unreife und die Weltfremdheit der Schreiberin, wenn sie meint, daß die Menschen im Grunde alle das Gleiche wollen und sich nur in den Mitteln und Wegen vergreifen. Ist das Ziel des Kapitalistenvertreters genau dasselbe wie das Ziel des Arbeitervertreters? Glaubst die Schreiberin wirklich, daß sich die Kapitalisten und die ganze Bourgeoisie nach der Umgestaltung der jetzigen Gesellschaftsordnung sehnen, für sie sogar kämpfen, aber nur andere Mittel und andere Wege wählen? Ist nicht das Ziel der Bourgeoisie die Erhaltung des ausbeuterischen kapitalistischen Systems, das Ziel der Arbeiterschaft und ihrer Vertreterin, der Sozialdemokratie, die Beseitigung dieses räuberischen Systems und die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung?

Auch in einer „parteilosen“ Frauenpartei müßten die Gegensätze aufeinander prallen, denn die Arbeiterin, die berufstätige Frau, die Frau

des Arbeiters und Angestellten, stellt an die Gesellschaft andere Forderungen, hat andere Interessen als die Frau des Kapitalisten. Die parteilose Frauenpartei soll doch ausschließlich gegründet werden, um die Politik zu beeinflussen, oder, wie in dem Aufrufe gesagt wird, sollen die Frauen in jedem Staate darauf drängen, daß sie neben einer Männerkammer eine vollständig gleichberechtigte Frauenkammer bilden und daß nur das allgemeine verbindliche Gesetz wird, was die Frauen- und die Männerkammer in Übereinstimmung beschließen. Das bedeutet also, daß sich die Frauen auch in der parteilosen Frauenpartei um die Politik kümmern müssen. Aber nach welchen Grundfragen, von welchem Gesichtspunkte aus soll die Politik geleitet sein? Es werden zwar der Frau alle guten politischen Tugenden und Eigenschaften zugebilligt,

„sie besitzt die feineren Sinne, die Eingebung und die Zehrigkeit in weit höherem Maße als der Mann und kann damit zur rechten Zeit die besten Mittel und Wege finden, die das Wohl der Gesellschaft oder Gesamtheit fördern, sie ist in ihrem Urteil weniger leicht einseitig, parteilich oder beeinflusbar von der Umgebung, die Frau ist das schöpferische Element, vermag nicht nur die besten Anregungen zu geben, sondern, da sie auch praktisch veranlagt ist, diese auch durchzuführen.“

Doch trotz dieser guten politischen Eigenschaften soll sie sich keiner politischen Partei anschließen, sondern gehört nach der Meinung der Schreiberin des Aufrufes in die parteilose Frauenpartei.

Au einigen Beispielen wollen wir untersuchen, ob alle Frauen mit den vielen politischen Tugenden in einer parteilosen Frauenpartei politisch „unter einem Hut“ zu bringen wären. Wir lehnen uns alle an das Beispiel der Schreiberin an. Sie ist der Meinung, „wenn der Mann keinen Ausweg mehr weiß und alle Hoffnungen aufgegeben hat, schimpft er über die heutigen Zustände, die er selbst geschaffen und unterhalten hat, geht betteln und läßt sich Unterstützung suchen. Aber in der ganzen Welt, besonders in der Gegenwart, fallen die Frauen der öffentlichen Fürsorge weniger zur Last als die Männer, weil die Frau sich vor jeder Arbeit scheut und in allen Lagen sich leichter zurechtfindet.“ In verstedter Form wird gegen die Arbeitslosenfürsorge Sturm gelaufen. Die parteilose Frauenpartei müßte, dem Gedanken der Schreiberin folgend, statt für den Ausbau, für den Abbau der öffentlichen Fürsorge sein, denn sie soll „beweisen“, daß sie bei der wirtschaftlichen Zerissenheit der Staaten helfen kann. Könnten die berufstätigen Frauen oder die Frauen der manuellen und geistlichen Arbeiter für eine solche sinnlose Forderung, die nur im Gebirgsstiel einer Kapitalistenfrau entspringen kann, stimmen? Mühten sich die Frauen in der parteilosen Frauenpartei nicht schon bei dieser Forderung in Klassenlager und dabei auch in Parteienlager? Weil nach der Meinung der Schreiberin mehr Männer als Frauen in öffentlicher Fürsorge stehen, mühten die Frauen Sparmaßnahmen an den sozialen Lasten vorschlagen und in aller Konsequenz in der Frauenkammer für den Abbau stimmen. Aber auch die Begründung dafür, daß die Frauen fürsorgerisch leitender betreten werden müssen als die Männer, ist ganz falsch! Schreiberin denkt sicher an das zahlenmäßige Verhältnis der in der öffentlichen Fürsorge stehenden Frauen und Männer, ohne jedoch dies in ihrem Aufrufe klar auszudrücken. Die rein zahlenmäßige Gegenüberstellung muß zu einem Fehlschlag führen, denn es stehen doch mehr Männer als Frauen im Berufsleben. Ein objektives Zahlenbild ergäbe sich nur bei einer prozentualen Berechnung. Und selbst wenn diese Berechnung zugunsten der Frauen spräche, mit

Eintritt der Opposition in das bulgarische Kabinett.

Sofia, 13. Mai. In den Beratungen, die auch nach der Lösung der Regierungskrise fortgesetzt wurden, ist zwischen der Demokratischen Vereinigung und den Liberalen — den ehemaligen Riboslawow-Anhängern — ein volles Übereinkommen erzielt worden. Auf Grund dieses Übereinkommens werden zwei liberale Führer, Dr. Emilow und Stawow, in das Kabinett eintritten. Sie werden das Ressort des Ackerbauministeriums, bzw. des Handelsministeriums übernehmen. Zwei Minister werden zurücktreten, um diese Koalition zwischen den Demokraten und der Liberalen Gruppe zu ermöglichen. Die Defekte über diese Änderungen im Kabinett werden wahrscheinlich bereits heute ausgeglichen werden.

welchem Rechte dürfte die Frauenkammer für den Abbau der sozialen Lasten sein? Warum werden die Männer von den Unternehmern rücksichtsloser aufs Pfaster geworfen? Die Frauen sind eben billigere Arbeitskräfte!

Wie würde sich die Frauenkammer zu der Forderung stellen: „Für gleiche Arbeit gleicher Lohn“? Gäbe es nicht wieder eine Massensecheidung? Oder glaubt die Schreiberin, daß die Frauen der Kapitalisten diese, den Arbeiterinnen so selbstverständlich erscheinende Forderung, begründen und für sie stimmen würden? Wie würden sich „die parteilosen liberalen Frauen“ zum § 141 stellen? Welche Stellung würden „parteilose Gnädige“ zum Hausgehilfenengesetz einnehmen? Und was mühten die „parteilosen Arbeiterinnen“ zum Abbau der Felle sagen? Vielleicht sähen in der Frauenkammer Offiziersfrauen! Würden diese gegen die Militärlasten stimmen? Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß Parteiführerinnen Abgeordnete der Frauenkammer wären. Wer glaubt, daß sie gegen die Kongrua oder für die Trennung der Kirche von Schule und Staat stimmen würden?

Allerdings die Klage und der Aufruf der Schreiberin, daß es ein unerhörtes Unrecht sei, daß man der Frau noch immer keine ausreichende Gelegenheit geben will, die ihr von der Natur in so reichem Maße verliehenen Kräfte und Gaben zu betätigen, hat für die bürgerliche Frau volle Berechtigung. Ein Bild nur in das tschechoslowakische Parlament zeigt das wahre Spiegelbild der bürgerlichen Parteien in ihrer Einstellung zu der politischen Betätigung der Frauen. Wir wollen nur bei den deutschen Parteien verweilen: Keine einzige bürgerliche Partei, einschließlich der Halenkreuzler — in Deutschland sogar unter 107 halenkreuzlerischen Abgeordneten — hat eine Frau im Parlament, obwohl sie alle bei den Wahlen auf Stimmenfang bei den Frauen ausgehen. Anders bei den Sozialdemokraten! Sozialdemokratische Frauen sitzen und beraten in allen gesetzgebenden Körperschaften und vertreten in voller Einmütigkeit mit den männlichen Kollegen die Interessen des gesamten Proletariats, ohne die Sonderinteressen der Frauen auch nur einen Augenblick außer Acht zu lassen.

Zum Schluß wollen wir der Schreiberin recht geben, wenn sie behauptet, daß von den Männern nichts zu erwarten sei, die Frau muß sich in ihre wahre Stellung einsehen. Aber gerade diese Erkenntnis müht die Frauen auf die richtige Fährte führen. Ihr Ruf müht lauten: Hinein in die Reihen der Sozialdemokratie, jener Partei, die für die volle Befreiung der Frauen und für die volle Umgestaltung der jetzigen Gesellschaftsordnung kämpft!

Baumblüte. Eine Geschichte aus der Zeit.

Von Hans Donheiser.

„Das ist ein Zegen. So viele Kinderchen!“ Ihre Arbeitskameradin sagt das, die mit ihr am vorderen Ende der zwei Stangen den Wörtelkabel auf den Bau hinausträgt. Liza Rudner antwortet nichts. Da verzögert die vor ihr Gehende den Schritt und legt schließlich die gemeinsame Last auf den Boden, daß beide stehen müssen.

Liza wischt sich mit der nun freien Rechten den Schweiß vom Gesicht. Und schweigt — schweigt.

Die Mitarbeiterin streckt die Hand aus und deutet hinüber, wo im Garten mitten unter Stein- und Sandhaufen, neben einem Block aufgeschichteter Ziegel am Rande der Kalkgrube ein einschichtiger Apfelbaum steht. Voll mit rötlich angehauchten Blüten sind seine sonst noch kahlen Zweige.

„So ein Zegen“, sagt sie dann noch einmal. Dann beugt sie sich wieder zu den Stangen herab, fahrt an und die schweren Felle streben weiter.

Liza braucht zum Weitergehen keine Aufforderung. Auf das bloße Sehen hin nimmt auch sie die Trage auf. Die andere zieht sie ein wenig nach.

Auf ihrem Gesicht liegt Däster und Ernst. Sie sagt nichts. Sie lacht nicht; keine Miene regt sich in dem noch jungen, nicht ungeschönten Gesicht. Nur nach einer Weile werden die Fellen um den farblosen, blassen Mund noch tiefer.

— So viel Kinderchen!

Sie denkt nicht einmal an ihr Mädel daheim — nur an das Kommende. Einmal atmet sie tief auf. Es hört sich fast an, als ob Liza seufzte.

Die Vorgehende bleibt wieder stehen und sieht sich um.

„Bist du krank? Mir kommt's heut' so vor.“ Liza schüttelt bestig und abwehrend den Kopf. Dann tragen die beiden, ohne mehr ein Wort zu sagen, den Wörtelkabel weiter über die Bretter hinweg.

Krank?

Ein schmerzliches Lächeln huscht Liza über das Gesicht. Krank — nein! Oder sie weiß nicht. Doch — doch! Schon seit Wochen ist es in ihr. Diese Störungen. Jetzt gerade. Jetzt!

Jetzt, wo der Mann nach monatelanger Arbeitslosigkeit gerade wieder den dritten Tag beschäftigt ist. Krank?

Nein, nein! Zu gesund ist sie.

So viele Kinderchen! Das Wort geht ihr wieder durch den Sinn. So viele Kinderchen! Aber dann sind es ja erst zwei, mit dem Kommenden.

Niemand weiß es noch; auch der Mann nicht. Nur ihre Wortlosigkeit fällt manchmal auf. Schweigend geht sie hinter ihrer Arbeitskollektin her. Die Bretter hinweg, wieder herab ins Erd- und Wasserloch. Die schweren Felle am Bau ausschweifend über die Mauer lehnt und mit Behagen die über sie wegstreichende kühle Luft einzieht. Starrt Liza unbewußt vor sich nieder. Schweigt.

Wo muß das hinführen? Durch Monate haben sie jetzt drei von ihrem kleinen Verdienst gelebt. Koch wägen sie sich in Schulden, die sie machen mußten. Gelebt muß ja werden und wenn sie auch alle ohne Verdienst wären. Und die kleine Liza hat immer neue Schuldsachen gebraucht. Wieviel Geld das verschlingt! Und dann —

Sie darf nicht daran denken. Jetzt, wo er glücklich Arbeit gefunden hat, jetzt, wo sie wieder hoffen durfte — sich herandrappeln können — sie darf ja wieder hoffen, sie muß —

Die vielen Kinderchen! Gedankenlos tut sie ihre Arbeit, wortlos, nur der Kopf schmerzt sie.

Was tun? fragt sie sich da mit einemmal. Was — was tun? Es kommt fast hörbar über ihre Lippen. Aber nein — glücklicherweise nicht. Ihre Arbeitskollektin geht ruhig weiter. Hat sie nichts gehört?

Liza verlangsamt noch mehr ihre Schritte, daß die andere nicht nur die Last des Wörtels schleppen muß, sondern auch das Weid hinter sich herziehen.

Was tun? Bernhard den ganzen Winter arbeitslos. Gestern erst ist eine Wohnung des Greisers gekommen.

Und gerade über die schönste Arbeitszeit soll sie sich legen.

Wieviel Geld so ein kleines Kind kostet. Die Gebärmere — die Wäsche.

Und die kleine Liza braucht immer mehr. So viel Kinderchen!

Was tun? Was tun?

Liza möchte aufschreien. Heute schimmert es in ihren Augen. Was tun?

So geht es den ganzen Tag fort. Ihre Felle sind schwer und zittern. Oft oft strauchelt sie, weil sie die Beine nicht ordentlich heben kann. Du mußt krank sein, Liza; so hört sie einmal durch das Brausen in ihren Ohren.

Nein, nein! Nein!

Dann schleppt sie sich weiter, weiter. Den ganzen Vormittag geht es so. Zu Mittag legt sie sich auf einen Stoß Balken und stützt den Kopf in die Hände.

Was tun?

Ihr Mittagbrot läßt sie unberührt. Der Magen ist ihr wie zugeschnürt. Krank? Nein. Aber Hunger hat sie nicht. So schleppt sie sich auch den Nachmittag hin.

So viele Kinderchen! Aber sie will sie ja gar nicht. Kann sie

nicht gebrauchen — und jetzt schon gar nicht. Aber — was tun? Was tun?

Sie schleppt sich hinter ihrer Kameradin her. Im Kopf würgelt ihr's. Mühsam hält sie sich aufrecht. Ihr ist, als dröhnte eine Orgel mit all ihren Väsen in ihre Not. Und darüber immer wieder in hellem, schreiendem Diskant die Frage:

Was tun? Was tun?

Wie ein Mühlrad geht ihr die Frage durch den Kopf, alles andere niederdrückend, totend: Was tun?

Sie krampft die Lippen zusammen, zerpreßt die Frage in ihrem Herzen. Sie findet ja keine Antwort. Weiß nur: Sie darf kein Kind mehr haben; es darf keines mehr kommen — jetzt nicht!

Aber der Apfelbaum blüht in dem schon verschmutzten Garten. Und das Wort tanzt ihr durch den Sinn: So viele Kinderchen!

Liza zerknallt sich den Kopf. Was tun? Was tun?

Sie schleppt den schweren Wörtelkabel hinauf und leer wieder hinab und immer schreit es ihr durch den Kopf: Was tun?

— — — Nein, nein! Es darf nicht kommen — darf nicht!

Dann schreißt ihr der grausame Gedanke durch's Hirn: Die weiße Frau —

Da sieht sie eine brennrote Blutlache um sich. Dann türmen sich die grauen Mauern des Kerkers vor ihr auf, um sie.

Du sollst nicht töten!

Aber es darf nicht kommen, darf nicht!

Was tun sonst?

Als sie am Abend heimwankt, da steht ihr Entschluß fest. Nein, einen solchen Tag erträgt sie nicht mehr — keine solche Stunde mehr. Wohl fühlt sie sich schon als Mörderin — Kindesmörderin — aber sie will es an der kleinen Liza gutmachen. Gutmachen. — — —

(Schluß folgt.)

Tagesneuigkeiten

Kubät und die Moral.

Es gibt ein altes militärisches Sprichwort, dessen Anfang wir hier nicht zitieren dürfen, weil er auf Gendarmen, und nicht zu Instruktionszwecken, angewandt, eine Antischreibendeigung bedeuten könnte, aber seinen Schluß darf man anführen: „... aber zw ei Männer sind Helden!“ Jamahl, Geld! Und so gingen sie zwei zu zwei und gingen — zweihundert Personen. Keine Menschen, keine Tramps, keine Ausflügler stellten sie fest — sondern „Personen“; Mannspersonen und Frauenspersonen. Stellten sie fest, weil sie zum Glück ohne Trauscheine...! Sie, Herr Kubät, und Ihre Gendarmen, sie waren bis sie in den glücklichen Besitz eines Trauscheines gelangten, nie mit einer „Frauensperson“, um ihren geliebten Antisitt zu reden, auf einem Ausflug mit Vogerfreuden? Nie! Und wenns Mailüsterl weht und der Mond milde scheint, da sagt wohl so ein Gendarm zu seinem Wädel, schwankend zwischen Lenzgefühlen und einem Erlaß zur Redung der Sittlichkeit: „Kein, Anna, bitte nein, es geht nicht! Ohne Trauscheine — ausgeflohen liebe Anna.“ Ja, sagt das der strenge Herr Gendarm? Wir wollen es hoffen! Denn sonst wäre es doch mit der Moral wirklich nicht zu vereinbaren, daß... Wir der Moral, die ohnedies sehr brüchig und zweifelhaft ist.

Dieses Interdikt da entspricht völlig Ihrem Erlaß und der Gesellschaft, die er vor „Auswüchsen sittlicher Entartung“ schützen soll:

Sehr lieber, reicher
Reichamerikaner, Vierziger,
hier kommt,

Sucht Freundin,

hierbei gute finanzielle Unterstützung,
Antwort nur mit Licht-
bild, ansonst werden,
unter Besticht mit Haupt-
bestrag, Preis gegen Schein.

So stand es im „Proger Tagblatt“ Nr. 111 vom 12. Mai 1931; am Morgen des gleichen Tages, da die Abendausgabe von dem moralischen Treiben Ihrer Sittengendarmen berichtete. Während die Nacht dazu benützte, um Trauscheine zu studieren, widmet sich unter ihrem Trauschein eine reiche Deutschamerikanerin dem Studium von Lichtbildern, unter welchen ihm eines seine lästige Wairesse zeigen soll, die er: „Bildigt — 60“ — gegen gute finanzielle Unterstützung — bei Nacht — im Autohotel — ohne Trauschein liebt!

Das ist Ihre Sittlichkeit, Herr Kubät! So sieht sie aus. Der Jgel.

I. Internationale Konferenz sozialistischer Ärzte, 23.-25. Mai 1931 in Karlsbad.

Programm: Freitag, 22. Mai, 21 Uhr: Zwangloser Begrüßungabend im Stadtpark-Restaurant. Samstag, den 23. Mai, neun Uhr: Reichsagung des V. I. A. Deutschlands im Stadtpark-Restaurant 19. Uhr: Öffentliche Kundgebung im großen Saal des Kurhauses: Geburtenregelung und Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen. Es sprechen: Norman Haire (England), Max Sodann und Julian Marcul (Deutschland), Leunbach (Dänemark), Max Popper (Tschechien, Sozialdemokrat), S. Schwarz (Ungarn). Sonntag, den 24. bis Montag, den 25. Mai: Internationale Konferenz im Stadtpark-Restaurant. 1. Berichte der Sektionen. 2. Weltwirtschaftskrise und Soziale Gerechtigkeit. Referenten: Engelbert Graf (Deutschland), Alexander Barrios (Ungarn), 3. Die Sozialisierung des

Seilwesens. Referenten: M. Epstein (Deutschland), A. Gollitscher (C. S. R.), 4. Arzt und Sozialversicherung. Referenten: F. Stabihoudel (Tschechien, Sozialdemokrat), Gustav Hoch (Deutschland) und Vertreter der Sozialversicherungsinstitute. 5. Gründung der Internationalen Vereinigung sozialistischer Ärzte. — Wegen Wohnungsbeschaffung wurde man sich umgehend an das Lokalkomitee: Adresse: Dr. Oskar Simon, Karlsbad, Neue Wiese, „Haus Simon“. Neben Befichtigung des Kurortes und der Kurrichtungen ist eine Fahrt mit der Höhenbahn auf die Freundschaftshöhe vorgesehen. Am Sonntag findet ein gemeinsames Mittagessen im Kurhaus statt. — Die Teilnehmer können bei ihrer Ankunft alle Auskünfte durch das Lokalkomitee im Kurort erhalten. Für die Besucher der Tagung ist auf der Rückreise nur der halbe Fahrpreis zu entrichten. Auf der Abfahrtstation muß ein Formular für Wiederbesuch gefordert werden.

Gott Bureaufkrat.

Ein Leser schreibt uns:

Ich kam dieser Tage mit einem tschechoslowakischen Staatsbürger zusammen, der nach vierjährigem Aufenthalt im Ausland in die teure Heimat zurückkam. Nach wenigen Tagen schon hatte er genug und er wäre am liebsten schon wieder draußen. Insbesondere zeigte er sich darüber erfreut, wie die Bureaufkratie es hierzulande versteht, den Bürgern den nötigen Respekt beizubringen, indem sie sich aber auch in alles einmischte, was sie nichts angeht.

Solche Reden verführen zum Nachdenken. Und nur zu bald wird man dessen gewahr, daß man im westlichen Europa tatsächlich schwerlich ein bürokratischeres Land findet als die Tschechoslowakei. Man erinnere sich an den berühmten Kubät-Erlaß, der ja wohl der allgemeinen Empörung weichen wird. Oder nehmen wir die Frage der Pässe! Vor einiger Zeit war im „Sozialdemokrat“ der Leidensweg geschildert, den man zu gehen hat, um in den Besitz des Staatsbürgerschaftsausweises zu kommen. Die Dessenlichkeit murren zwar domider, aber weil irgendein Amt ohne jede gesetzliche Handhabe die Beschaffung dieses Wisches angeordnet hat, sagt sich letzten Endes jeder. Der Paß kostet schweres Geld, und es kostet ungeheuer viel Zeit, ehe man in den Besitz dieses Dokumentes kommt, das einer ausgeblähten Nachkriegsbureaufkratie so gut gefällt, daß sie anscheinend überhaupt nicht an seine Befreiung denkt. Das vierzehnte Friedensjahr ist über uns heringebrochen, aber wenn wir noch Schandau oder nach Gmund fahren wollen, müssen wir uns immer noch einer lästigen und rein formalen Prozedur unterziehen. Worum findet sich niemand, der endlich mit einer gewissen Energie auf die Beseitigung dieses Aufzugs hinwirkt? Und wenn schon die übrigen Staaten immer noch die Pässe haben müssen, warum behandelt man ihre Ausstellung nicht als die Formalität, die sie tatsächlich ist? In Deutschland bekommt jeder Staatsbürger den Paß um drei Mark, das sind 24 K., mit dem Vermerk: „Gültig für das Ausland“. Bei uns werden erst großartige Untersuchungen angestellt, wozu der Paß gelten soll und besonders schwierig wird die Sache dann, wenn er auch nach Rußland Geltung haben soll. Was gibt das den Amtschimmel an, wozu ich fahren will? Hat er schon Angst um mein demokratisches Seelenheil, warum behandelt er das sozialistische Italien anders als das kommunistische Rußland?

Es ist in Wahrheit weder seine Sache, sich darum zu kümmern, ob ich mich falschlich oder kommunistisch befehlen will, noch hat er das Recht, mich in der Ausübung meiner persönlichen Freiheit zu behindern. Und er würde sich dieses Recht auch nicht anmaßen, wenn der Geist

der Demokratie bei uns etwas wacher wäre. Es ist eine Aufgabe unserer Parlamentarier, sich für die Demokratisierung der Verwaltung im Verkehr mit den Bürgern einzusetzen. Es ist aber auch unser aller Aufgabe, sie darin zu unterstützen und einen Geist zu wecken, der sich gegen die unerträgliche und aufgeblähten Bevormundung zur Wehr setzt.

Todesurteil in Klattau.

Vor den Klattauer Geschworenen verantwortete sich der 42 Jahre alte Alfons Weinfurter gemeinsam mit seiner Gattin Maria wegen des Verbrechens des vorsätzlichen Mordes, verursacht durch eine Arsenvergiftung, der der Vater der Maria Weinfurter, der Ausgedingter Josef Frank, zum Opfer fiel. Bei der getrigen Verhandlung beantworteten die Geschworenen die Hauptfrage auf vorsätzlichen Mord bei Weinfurter mit neun Stimmen ja und zwei Stimmen nein, bei Frau Weinfurter dieselbe Frage mit zwölf Stimmen nein. Infolgedessen wurde Weinfurter zum Tode durch den Strang verurteilt, während seine Ehefrau freigesprochen wurde.

Das Wiener Schulwesen und die dortigen Verhältnisse machen auch auf alle tschechischen Besucher einen gewaltigen Eindruck. Im „Westnik“ schreibt J. Klejnek: „... Unsere Studienfahrt nach Wien begann am 29. März l. J. Am Bahnhof in Wien wurden wir herzlich von den Vertretern der tschechischen Minderheit aus dem Wiener Stadtschulrat begrüßt. (Bezirksschulrat Ronge.) Nur von unserer Gesandtschaft war nichts zu sehen, niemand interessierte sich auch im Laufe der Studienfahrt um uns! Die folgenden Tage brachten uns eine Ueberraschung um die andere; es war auffallend, was gerade die Lehrerschaft in Wien leistet, was alles mit ihrem Namen verbunden ist. Glad als Unterrichtsminister, Seib als Bürgermeister, Tandler als Leiter der sozialen Fürsorge, Podrus als Reformator. Dabei, daß dies bei uns nicht so ist. Gewiß läßt die Handelswelt bei uns nicht zu, daß in ihrem Gremium Laien entscheiden, in der Advokatenkammer liegen selbstverständlich nur Advokaten und so weiter in anderen Berufen, nur in Schulangelegenheiten haben bei uns nicht die Lehrer, sondern Laien und Juristen zu entscheiden. Es ist sehr zu bedauern, daß das Volk des Comenius in diesen Problemen der Nachkriegszeit zurückgeblieben ist und ich scheue mich nicht zu sagen, wenn bei uns in diesem Samedentempo unter Hinweis auf die alten monarchistischen Gesetze fortgeführt wird, wir Wien nicht in zehn Jahren einholen. Die Schulreform läßt sich nicht vom grünen Tische aus durchführen. Es muß von unten aus, wie in Wien begonnen werden, auszugehen sind die besten Fachleute. Die Auswahl von Personen in die Reformkommission muß sich lediglich nach deren Fähigkeiten, nicht aber nach politischen Gesichtspunkten richten. Ohne Geld läßt sich eine Reform nicht durchführen. Wir hatten einen Minister Habrman, an den jeder Lehrer mit Liebe und Achtung denkt, er hat uns aus den Fesseln der Reaktion befreit. Alle seine Nachfolger aber haben gebundene Hände... Um eine gute Verpflegung während des Wiener Aufenthaltes sorgte in väterlicher Weise Direktor Ronge, besonders schmeckte uns der Wein im Rathauskeller. Den letzten Tag führten uns die Autos auf den Semmering, Johann führen wir mit der Seilbahn auf die Kar. Am Rückwege war uns Herr Präsident Glöckel entgegengekommen. 70 Kilometer weit von Wien, um noch einmal mit uns heim „See“ beizukommen zu sein... So habe ich Wien kennen gelernt, solche Eindrücke habe ich aufgenommen; möglich, daß diese Anschauungen noch der Meinung eines „hohen Gesichtspunktes“ als deutsch-national angelehen werden, denn wer sich bei uns für Italien interessiert ist falsch, wer eine

Vom Rundfunk

Freitag.
Prag: 11.00 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 16.05 Schallplatten, 16.30 Kammermusik, 18.25 Deutsche Sendung: Prof. Dr. Winternitz; Jun 70. Geburtsstage Rabindranath Tagore. — **Wien:** 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Kammermusik, 17.40 Rufft für die Jugend, 18.25 Deutsche Sendung: Fiedler: Emil Lorenz; Humoristische Vorlesung. — **Mähr.-Odrau:** 12.25 Mittagskonzert, 15.00 Rechte Schallplatten. — **Preßburg:** 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Kammermusik, 20.05 Violinkonzert. — **Breslau:** 20.00 Jgaros Saway, Oper von Rortart. — **Hamburg:** 19.55 Der Rosenkavalier, Oper von Strauß. — **Königsberg:** 21.10 Das Postamt, Schauspiel von H. Tagore. — **Leipzig:** 20.05 Bestall anläßlich der Hauptversammlung des Deutschen Auslandskomitees aus Stuttgart. — **Köln:** 15.00 Nachmittagskonzert, 21.00 Abendkonzert.

Studienreise nach Rußland führt, ist Kommunismus und wer nach Deutschland fährt, ist Hillerianer. — Allerdings hat nicht immer gerade jener Bestand, der ein Amt bekleidet.“

Arbeitslosentragödie. Aus Cuadratz (Rheinland) wird gemeldet: Der Wohlfahrtsberwerbstlose (übrigens ein fürchterliches Wort D. Red.) Thissen spaltete zwei von seinen sieben Kindern mit einem Beil den Kopf, steckte darauf das Haus in Brand und erhängte sich.

Kenes Goebbels-Urteil. Am Dienstag wurde Dr. Goebbels vom Landgericht II in Berlin wegen öffentlicher Beleidigung des Professors Kiedensahn von der Technischen Hochschule Charlottenburg zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Dr. Goebbels hatte den Räger, der als Redner zur Reichsgründungsfeier ausgerufen war, auf einem von dem Angeklagten verantwortlichen gezeichneten Flugblatt aufs unflätigste angepöbel.

Jubische Bombe. Wie aus Adampur gemeldet wird, ist dort eine Bombe explodiert, durch die der Generalsekretär des Kongresskomitees des Bezirkes Adampur getötet und ein Kongressmitglied schwer verletzt wurde. Die Polizei verhaftete ein Mitglied des Kongresskomitees von Hojharpur eine Hausführung vor.

Brand. In dem japanischen Dorf Schimonahi auf Hokkaido geriet ein Lichtspieltheater in Brand. Sechzehn Personen kamen in den Flammen um, dreißig wurden verletzt. Das Feuer verbreitete sich und gefährdete weitere hundert Häuser.

Tägliche Meldung. Ein Flugführer des Flugdienstes Littorio bei Rom stürzte bei dem Versuch, eine Landung aus geringer Höhe vorzunehmen, in den Tiber und ertrank.

Kurse an den Staatsanstalten für die Ausbildung von Geburtshilffinnen beginnen am 1. September (Ausbildung neun Monate). Im Fardubitzer Institut wird in tschechischer, im Reichsberger in deutscher, im Preßburger und Rajsbauer in slowakischer und im Ungarer in russischer Sprache unterrichtet. Die eigenhändig geschriebenen Aufnahmegegense der Bewerberinnen sind vom 1. bis 15. Juni bei der Direktion der Anstalt einzubringen. Dem Gesuch sind die Briefe nach § 1 der Regierungsverordnung, Nr. 154/1929, S. d. G. u. V. beizufügen. Einzelheiten teilen die Direktionen der staatlichen Anstalten zur Ausbildung von Geburtshilffinnen mit.

Ein vielfacher Millionär ermordet. Im Haag wurde die Leiche des bekannten Milliarders, Großkaufmanns und Besitzers riesiger Juckerplantagen in Niederländisch-Indien, E. Schanzler, aufgefunden. Schanzler ist Samstag nach dem Haag gereist, um eine Erlaubnis zu beschaffen, die ihm der holländische Techniker König zum Raub anbot. Die Sache mit der Erlaubnis war aber nur ein Vorwand. König nahm an, daß der Millionär Scheds auf höhere Beträge bei sich haben werde, und viele Scheds wollte er stehlen. Zusammen mit einem Komplizen überfiel er den Millionär, tötete ihn und bestäubte ihn mit einer Chloroformwolke, die er keinem Opfer aufs Gesicht leckte. Die beiden Attentäter fanden jedoch bei dem Millionär weder Geld noch Scheds. Sie legten den Leberstollen der infolge der Chloroformierung bewußlos gewordenen Pianoforte und schafften die Riste per Luft ins Jagershaus. Das Verbrechen wurde aber bald entdeckt, da aus der Riste starker Chloroformgeruch herannahen. Man öffnete die Riste, fand jedoch den Millionär bereits tot. Die beiden Verdächtigen wurden verhaftet. König hat die Tat eingestanden.

Zahkartien sind dem Revisor auszufolgen. Die Verpflichtung der Zahnärztlichen bei der Revision zur Vorlage sämtlicher Zahkartien, auch Zahkartien in die Hände der Revisionsorgane ist im Artikel 2 § 2 der Eisenbahn-Verkehrsordnung klar ausgesprochen. Manche Reisende weigern sich jedoch im Unkenntnis der Eisenbahn-Verkehrsordnung ihre Zahkartien den Revisionsorganen auszufolgen, obwohl nach dem genannten Artikel für jeden Reisenden die Verpflichtung besteht, die wenn auch zum vollen Tariffahrpreis gelöste Zahkartie über Verlangen jederzeit zur Revision vorzulegen. In die Hand des Revisionsorgans zur gehörigen Überprüfung sämtlicher Daten der Zahkartie auszufolgen. Diese Verpflichtung besteht auch für jeden Besitzer ermäßigter Zahkartien, als welche nach dem Personalarth (Art. 6 Seite 28 und folg.) die Jöhres-, Halbjahres-, Saison- und Streckenarten gelten. Die Titelaufschrift der Zahkartie: „In dem Revisionsorgan offen vorzulegen“ betont nur die Verpflichtung des Besitzers der Zahkartie, dieselbe dem Revisionsorgan zur Überprüfung der Zahkartienrevision in die Hand „ohne Entgelt“ auszufolgen. Die Reisenden werden daher auf diese obligatorische Bestimmung des Eisenbahnverkehrsreglements ausdrücklich aufmerksam gemacht. (Von der Staatsbahndirektion Prag-Kord.)

Abendliche Regentstreet.

Von Leo Norton (London).

Die Theater haben begonnen und endlich beendet die dahinsiechende Aufsicht ein wenig. Regent Street, die nobelste Straße Londons, bekommt ein anderes Gesicht. Nicht etwa, daß weniger Menschen an den strahlend hellen Auslagen vorübergehen würden als am Nachmittag. Aber ihre Gogart ist eine andere. Sie umsäumen nicht mehr die Bürgersteige, um auf ihren „Bus“ zu springen. Die Autobusse sind halbleer. Denn London geht spazieren. Auf der anderen Seite erübt sogar Gelang. Sechs oder sieben junge Leute schreien sich als Gefangenverein etabliert zu haben. Doch nein! Es ist kein Gefangenverein. Es sind arbeitslose wälische Bergarbeiter, die mit den Liedern ihrer Heimat an das Mißgefühl des Londoners appellieren. Aber ein Policeman macht ihren Vorbetungen ein jähes Ende.

Das Business ist längst sanft eingeschlummert. Die Londoner füllen die Kinos, die Yon's Speisehäuser und Konditoreien: aus jedem zweiten Haus löst Musik. Doch ein anderer Erwerbssphäre entfaltet sich nun, einer, von dem der Engländer nicht gerne zum Fremden spricht. Die Londoner Prostituition. In Gruppen von zwei und drei stehen die „Birds“ — wie sie der Londoner nennt — an den Ecken der ruhigeren Seitengassen, die ganze ungeheuer lange Regentstreet ohne Unterbrechung. In den geräumigen Untergrundstationen warten sie mit unbeweglichem Lächeln auf Interessenten. Einst war es ihnen aufs strengste verboten, Passanten anzusprechen. Nur ihre Augen waren berechtigt. Aber im Frühling des Jahres 1931, des Jahres der großen Not, haben die männlichen und weiblichen Poli-

zisten der Regentstreet diese Vorschrift vergessen. Manchmal trifft ein Blauer allerdings auf ein Wädel zu und zieht sein Notizbuch. Oft salat sie ihn auch. Um was handelt es sich? Das Wädel hat keine monatliche Einkommenssteuer nicht bezahlt! Denn auch für das sittenstrenge England gilt der Satz: Pecunia non olet. Die Prostituition ist in London ein fleißigstes Gewerbe.

Was besagen alle optimistischen Zeitungsartikel gegen das abendliche Gesicht der Regentstreet? „Prostituition in London? Nicht nennenswert!“, sagt mir mein durchaus nicht prüber Londoner Freund und geht rasch zu einem anderen Thema über.

Aber alljährlich stoßen neue Frauen zu der gewaltigen Armee der Londoner Prostituition. Und es ist keine oberflächliche Sozialgemeinerung anzunehmen, daß dem englischen Wädeln ein solcher Entschluß nur durch ein Uebermaß der Not abgerungen wird. So manche geht durch die reiche, unendlich reiche Regentstreet, die sie, obwohl Londonerin, nie zuvor betreten hat, und wartet auf das Wunder. Nicht einmal ihre Augen wagen zu sprechen. Die anglosächsische Erziehung steht ihr im Wege. Vielleicht biegt plötzlich um die Ecke ein reicher Grundbesitzer aus der Provinz, der mit ihr nach Paris fährt, ihr kostbare Toiletten kauft und sie mit einer fünfzig-Pfund-Abfertigung aus der Hölle der Regentstreet befreit.

Aber die Männer mit diesen Briefschaften sind auch auf der abendlichen Regentstreet nicht allzu dicht gesät. Immer häufiger sieht man inlockendbeseidete junge Herren in Damengestalt zu Fuß nach Hause gehen oder auf den Bus warten. Das Taxi wäre zu teuer.

So wartet das Wädeln aus Gloucester oder Cornwall vergebens auf das Londoner Wunder. Viele Abende und Nächte verdient sie nicht einen

Penny. Wie soll sie die Miete für ihr „Hut“ beschaffen, die nicht selten vier Guineas und mehr für die Woche beträgt? Und auf der Regentstreet hat man keine Chancen, wenn man nicht nach der letzten Pariser Mode gekleidet ist. Der Vieserant drängt. Schon zwei Wochenlohn sind nicht bezahlt. Bald kommt der Tag, da sie die Regentstreet mit Wirtshäpeln verlassen muß. Dann gibt es auch keinen anglosächsischen Respekt mehr. Auch der Rege, der seine Silbermünze herbordreibt, ist dann ihr Kopf.

„Will you come with me?“, I have my own hat“ stüßert es darum den Passanten entgegen. Der Zeiger der kleinen Armbanduhr rückt unerbittlich vor. Soll sie sich in Lyons Cornerhouse, dem „Speisehaus, das immer offen ist“, eine Kanne Tee und ein Schinkenbrot gönnen? Nein! Dieser provinziell aussehende Gentleman hat ihr zugelächelt und ist vor der Auslage stehen geblieben. „Wollen Sie zwei Pfund ausgeben?“ Er denkt nicht daran. Zwei Pfund in diesen Zeiten.

Die letzte Vorstellung des mehr als 5000 Menschen lassenden Kinos ist zu Ende. Das ist die letzte große Chance. Die Autobusse werden immer spärlicher. Die wenigen Passanten geben nicht mehr spazieren, sondern eilen nach Hause. Was wird morgen sein?

In einer Seitengasse sind einige Meter des Bürgersteigs mit farbigen Kreuzeichen bedeckt. Ein: stellt einen Laib Brot dar. Und darunter steht „Bread very cash to draw, but very difficult to find“ (Brot, sehr leicht zu zeichnen, aber sehr schwer zu finden). Daneben liegt eine speckige Wäde und eine Tafel mit der Aufschrift „Many thanks“. Die Wäde ist bis nun leer geblieben. Nicht ein Halbpenny hat sich darin ver-

Schürferjude nach Gold in der Stomachei. Der „Dionysisch“ meidet, daß in der Gemeinde Cuerna bei Koznava Schürferjude nach Gold vorgenommen werden. In der Gemeinde Cuerna waren einzelne Antimonerzgruben in Betrieb, doch stellte die Gesellschaft „Dendal“ den Abbau im Jahre 1929 wegen der Unmöglichkeit ein, mit dem billigsten amerikanischen Antimonit zu konkurrieren, und die gesamte Arbeitererschaft wurde entlassen. In der Umgebung dieser Gruben, die seit dem Jahre 1929 in Betrieb waren und durchschnittlich etwa 200 Arbeiter beschäftigten, hatte sich eine große Menge von Abfallstoffen angesammelt. Jetzt wurde festgestellt, daß dieses Material Goldsand enthalte, und zwar nach dem Befund des Geologischen Institutes etwa 22 bis 24 Gramm Gold auf 100 Kilogramm. Bisher wurde bereits mit der Installation neuer moderner Goldwaschmaschinen begonnen, die den Goldsand aus den Rückständen auscheiden sollen.

Fünf Millionen für zwei Bilder. Am Dienstag nachmittag begann in Berlin die Versteigerung der Kunstsammlung Stroganoff, die als eine der berühmtesten Privatsammlungen der Welt angesprochen wird. Sie wurde im 18. Jahrhundert von dem Grafen Alexander Stroganoff, dem Verräterin der Zarin Katharina II., angelegt, und befindet sich jetzt im Besitz des russischen Staates. Der Hauptkampf des ersten Auktionstages konzentrierte sich auf zwei Bilder des holländischen Malers van Dord, die zusammen von einem Amsterdamer Händler für 600.000 Mark erworben wurden. Rembrandts „Christus und die Samaritaner“ geht für 210.000 Mark nach Frankfurt a. Main.

Schuldmahnahmen für Geldbrieffräger. Im Hinblick auf die letzte Ermordung eines Geldbrieffrägers in Berlin hat die Reichspolizeibehörde die Bestimmungen über den Schutz der Geldbrieffräger wesentlich verschärft. So werden in Zukunft unbefannte oder als wenig zuverlässig oder verdächtig erscheinende Empfänger von Geldsendungen den Geldbetrag nicht mehr in ihre Wohnung zugesandt, sondern durch einen Zeilen verständigt werden, daß für sie Geld bei der Postbehörde eingetroffen ist. Bei Abfertigung des Briefes oder einer dritten Person erfolgen, in Hotels und Gaststätten in einem von mehreren Personen frequentierten Zimmer. Diese Bestimmungen gelten auch für Kassenbesendungen.

Antiker Fund. Auf der Iberinsel wird derzeit das Klostergebäude der Baruherrigen Brüder einer weitgehenden Restaurierung unterzogen, wobei man insbesondere die antiken Gebäudeteile konzentriert will. Als gestern wurde Stützung eines antiken Mauerteiles ein Pfahl in die Erde gerammt wurde, stieß man auf ein Hindernis, das erst durch Nachgrabungen beseitigt werden sollte. Es stellte sich heraus, daß dieses Hindernis nichts anderes als fünf große antike Statuen waren, die hier herabgelagert lagen. Vier von diesen Figuren in Lebensgröße stellen Togasträger dar, bei denen fehlen die Köpfe dieser Statuen. Die fünfte der Figuren, eine Mädchenfigur, ist vollkommen erhalten, wenn auch der Kopf schwere Beschädigungen aufweist. Die Figuren stammen aus der Römerzeit. Offenbar wurden sie einst geraubt und dann hier vergraben, um später auf dem Wasserwege aus Rom weggeschafft zu werden.

Kleine Chronik

Namen

Sind nicht Schall und Rauch, sondern im Gegenteil höchst reale Imponderabilien, mit denen man im Leben rechnen muß. Sie sind Anhängsel, die man mit sich schleppen muß und die einen noch auf dem Grabstein verfolgen und nicht die geringste Rücksicht auf den Geschmack ihres Trägers nehmen. Man kann sich einen Namen kaufen, zugeben, aber das kostet erstens eine Menge Geld und zweitens Sehnüch und Konfession, kurz, es hat mit der Behörde zu tun und ist den meisten, die anders heißen wollen als sie heißen, un sympathischer als drei fatale Nummern.

Ich kenne jemand, der sich ungern vorstellt, weil er **Reverent** heißt. Ein junger Mann, im übrigen sympathisch hübsch und elegant, bringt die Mädchen zum Errotzen, wenn er seinen Namen nennt. Er heißt **Muttermilch** und die meisten verstehen antonischbaber Buttermilch.

Es ist geradezu ein Unglück, daß man Namen erbt, ohne das Erbe anzusehen zu können. Eine der vielen Vergewaltigungen, die der Neugeborene über sich ergehen lassen muß, weil es die anderen, die ebenfalls vergewaltigt wurden, so wollen. Vielleicht hätte Frau **Muttermilch** ein zoologischer Name besser zugefaßt, wenn man sie 18 Jahre nach ihrer Geburt um ihre Meinung gefragt hätte und den Einwohnern von Nordamerika, die ausgerechnet **Brathering** heißen müssen, würde etwas botanisches individueller erscheinen.

Namen sind überhaupt eine unerquidliche Angelegenheit, schon deshalb, weil man sie gern vergißt. Vielleicht wären Nummern besser, aber das gäbe wieder Mollifikationen mit dem Telefon und dann besteht gegen Nummerierung im allgemeinen eine gewisse und nicht unterdrückte Abneigung.

Wie es wohl auf anderen Sternen ausfallen mag? So die Leute dort auch heißen? Vielleicht sind sie klüger, oder sie haben eine bessere Nase oder sie haben das Problem sonstwie gelöst. Aber bei uns ist es nun mal so, wie es ist und wir müssen wohl oder übel damit zufrieden sein und uns mit dem fadenstehenden Trost trösten, daß wir nichts dafür können. Nur fragen sollte man uns wenigstens vorher, so um die Zwanzig her-

um, wenn das Interesse für den anderen Menschen am größten ist, ob uns der Name, mit dem man uns beglücken will, auch zusagt.

Es geht natürlich auch so. Warum soll Herr **Sauerampfer** nicht ebenso berühmt werden wie Goethe und Herr **Pfanzen** nicht Präsident von Deutschland. Aber bestimmt wird es ihnen schwerer fallen als Herrn **Reber** oder **Beiß**. Und daß Fräulein **Käsemaße** (das gibt es wirklich) trotz der einwandfreien Beine der Welt kein Star von Hollywood wird, so lange sie nicht mindestens weniger anrühlig, aber unverständlicher heißt, wird niemand ernstlich bezweifeln. Denn **Butterblume** darf man nur englisch heißen und englisch darf man es nur heißen, wenn man Japanerin ist und in Japan muß man natürlich anders heißen. Es ist wirklich ein wahres Kreuz mit den Namen. **Abedo.**

Wie lange dauert ein Traum? Interessante Beobachtungen an experimentell erzeugten Träumen machte kürzlich der amerikanische Psychologe Dr. Klein an der Universität Texas mit seinen Studenten. An letzen in hypnotischen Schlaf versetzten Versuchspersonen konnte er wahrnehmen, wie im einzelnen äußere Bewegung, Lage, Geräusche, Geruchsberechnungen usw. in eigenartiger und aufschreiender Weise zur Entscheidung höchst bedeutender Träume führten. Bemerkenswert war vor allem, daß sich die Dauer der Träume genau feststellen ließ und man nun die so

oft gestellte Frage „Wie lange dauert ein Traum?“ jetzt beantworten kann. Es zeigte sich, daß die Durchschnittsdauer des Verlaufes jener künstlichen Träume nur ungefähr 30 Sekunden betrug; der Traum von einem Autounfall dauerte 20 Sekunden, der längste der beobachteten Träume währte 90, der kürzeste nur 5 Sekunden — Zeit genug, um je nach den Umständen weit ausgeprägte glückliche, aber auch furchtbare Traumerlebnisse zu haben.

Wiemut gegen Diphtherie. Professor **Levaditt** vom Pariser Institut hielt in Frankfurt am Main einen Vortrag über seine Arbeit, die sich mit den Prophylaxen gegen Diphtherie beschäftigt. Lokale Talbenanwendung, führte er aus, versagt oft häufig; besser wirken schon gewisse Kissenpräparate, flüssig oder in Pillenform eingenommen. Aber diese Stoffe werden zu schnell aus dem Körper ausgeschieden, um einen wirksamen Schutz zu verleihen. Die besten Erfolge zeitigten eine ganz neue Methode: Einprägung von Wismut. Tierversuche haben gezeigt, daß dieses Metall eine Schutzwirkung von mindestens 152 Tagen verleiht — jährlich zwei Einprägungen würden also genügen, um den Organismus gegen Diphtherie unempfindlich zu machen! Bei Schimpansen — sie kommen dem menschlichen Organismus am nächsten — konnte unter besonderen Bedingungen sogar eine Schutzfrist von 283 Tagen erzielt werden. Da aber zwischen Schimpansen und tellender Kraft eines Reklamentes enge Beziehungen bestehen, ist es möglich, daß im Wismut zugleich das Diphtheriegift der Zukunft entdeckt worden ist.

Chicagos Unterwelt.

Der Chicagoer Polizei gelang es, einen der Untersführer von **Al Capone**, den Raubmörder **Fred Burke**, zu verhaften.

Schon seit fünf Jahren wurde **Fred Burke**, auch unter dem Namen **Frederic Danz**, **John Barke**, **Camp**, **Kemp** und **Kemper** bekannt, von den Sozialmännern der meisten amerikanischen Staaten heftig gesucht, doch ohne Erfolg. Man wußte zwar, daß er Untersführer des berühmtesten Banditenhauptlings **Al Capone** ist, und daß er im Laufe der Jahre zahlreiche Morde und Banküberfälle begangen hat. Man wußte auch, daß sich der „berühmte“ **Börber** im Chicagoer Lexington Hotel mit **Al Capone** zu treffen pflegt. Aber die Polizei wagte es nicht, den Gesuchten zu verhaften und **Fred Burke** mordete weiter.

Sieben Leute an die Wand gestellt.

So ging es bis vor etwa zwei Jahren. Da geschah es, **Fred Burke** griff am helllichten Tage mit der Unterstützung **Al Capones** die Leiter der **Moran-Bande** an. Nachdem er mit einem Raschengewehr unter den friedlichen Strafgefangenen eine furchtbare Kessellei anrichtete, gelangten er und seine Helfershelfer in das Hauptquartier der **Moran-Bande**. Sie stellten dort die anwesenden sieben Mitglieder an die Wand und **Fred Burke** vollzog an ihnen eigenhändig das „Todesurteil“.

Nun begann die Hetzjagd auf **Fred Burke** und wurde schließlich auch von Erfolg gekrönt. Allerdings erfolgte die Verhaftung nicht in Chicago, sondern in St. Joseph (Missouri).

„Big Bill“ Thompson, der Bürgermeister-Bandit.

Al Capone wird jedoch auch dieses Mal — es ist fast mit Sicherheit anzunehmen — kein Haar gekrümmt werden. Doch dies darf nicht weiter Wunder nehmen, wenn man die Zustände in Chicago berücksichtigt. Vor einigen Monaten übte **Chicago** vornehmste Bürger eine Untersuchungskommission, die über die Banditenherrschaft folgenden Bericht verfaßt:

„Im April 1927 wurde **Thompson** zum dritten Mal zum Bürgermeister gewählt. Diese Wahl bedeutet nun soviel, daß die Banditen, die Alkoholschmuggler und das übrige lichtscheue Gesindel wieder freie Hand haben. Sie können tun und lassen, was sie nur wollen und verfügen überdies über den größten Teil der Steuereinnahmen.“

Mit „**Big Bill**“ **Thompson** begann das goldene Zeitalter der Banditen. Die verächtlichen Banditenhauptlinge **Al Capone**, **Verche**, **Bugs** und **Moran** haben mit einigen unbedeutenden Räuberbandenführern unter stillschweigender Duldung des Bürgermeisters eine Art Syndikat gebildet, und seither übt dieser Verbrecher-Trüft die eigentliche Herrschaft über die Stadt aus. Dieses Syndikat ist in unserer Stadt allmächtig. Alle Korruptionsfälle, alle öffentlichen Häuser und auch der Alkoholschmuggel wird durch seine Mitglieder kontrolliert. Die Mitglieder dieses Syndikats genießen in Chicago nicht nur eine Art Immunität, sondern auch behördlichen Schutz. Wir haben Beweise in der Hand, daß eine ganze Reihe Beamter in leitender Stellung und auch Politiker mit dem Verbrecher-Trüft Hand in Hand arbeiten und nach einem festen Schlüssel an den Einnahmen beteiligt werden.“

Polizei und Banditen schließen Kompromiß.

Und diese Beweise kennt in Chicago ein jeder. Im Jahre 1928 organisierte die Bürgerwehr der Stadt eine Art Bürgerwehr, um den Kampf mit den Banditen aufnehmen zu können. Diese bewaffneten Trupps bereiteten sowohl der Polizei als auch den höheren städtischen Beamten viele unangenehme Stunden. Die Banditenführer verlangten nämlich von ihnen, daß die Bürgerwehr entwaffnet werde. Um dies zu erreichen, schickten sie im Park Lexington die feindlichen Banditenführer unter Vorwand eines hohen Polizeioffiziers zusammen und berieten, was zu tun sei.

Der Polizeioffizier wollte erreichen, daß die beiden Banden die Feindseligkeiten gegen einander einstellen. Da aber die Gruppe **Moran** die Auslieferung von **Leutnant Volk** von **Al Capone** verlangte, und **Al Capone** dies nicht erfüllen wollte, scheiterte die Einigung. Trotzdem wurde beschlossen, mit Hilfe des Bürgermeisters die Bürgerwehr aufzulösen.

Der Banditenkrieg.

Der Anlaß zu dieser seltsamen Konferenz waren eine ganze Reihe blutiger Zusammenstöße zwischen den beiden Banden, wobei immer zahlreiche Unschuldige ihr Leben lassen mußten. Am 10. November wurden durch **Al Capones** Banditen drei Mitglieder, darunter auch **D. Bantjont**, erschossen. Dies war der offizielle Kampfbeginn. In drei Jahren waren nicht weniger als 300 Opfer zu verzeichnen. Das Morden ging immer weiter, und die Banditen wurden immer dreister. Eines Tages wurde sogar gegen **Al Capones** Hauptquartier ein regelrechter Angriff unternommen. Der Sturmtrupp der anderen Bande erschien in einem Konzerthaus mit einigen Maschinengewehren und es wurde ein blutiger Straßenkampf eröffnet. Natürlich kamen hierbei auch ganz Unbeteiligte ums Leben. Auch etwa 20 Bombentatente verübten in den letzten drei Jahren die feindlichen Partner.

Die Organisation der Unterwelt.

Die beiden Räuberbanden führten also untereinander einen blutigen Krieg. Aber im Kampf gegen das Bürgertum sind sie sich einig. Die Banditen sind sehr kraft organisiert und arbeiten fast durchwegs nur mit Spezialisten. Sie haben zum Beispiel Mitglieder, die sich nur als Brandstifter betätigen, andere wieder, die nur Bombentatente ausführen und auch solche, die mit Dynamit arbeiten. Selbstredend besitzen sie auch Maschinengewehrformationen. Auch die Infanterie ist vertreten. Ein großer Teil der Banditen ist nur mit Revolvern ausgerüstet.

Was ist „radet“?

Einer der wichtigsten Grundpfeiler dieser Banditenorganisationen ist der sogenannte „**radet**“. „**Radet**“ nennt man in Chicago die feindlichen Banditen, deren einzige Aufgabe es ist, die Arbeit anderer Leute zu stören. Diese Art Verbrecher arbeiten mit ganz unglaublichen Mitteln. Zuerst schreiben sie dem ausserlorenen Geschäftsmann einen Brief und teilen ihm mit, daß es in seinem Interesse wäre, sich mit ihnen auf friedlichem Wege zu einigen. Unter dieser Einigung verstehen sie eine jährlich an ihre Organisation zu zahlende Steuer. Entschließt sich der betreffende Geschäftsmann nicht zur Steuerzahlung, so tritt die Banditenorganisation in Tätigkeit. Hierfür nur ein Beispiel: Der Besitzer einer Wäscherei wollte nicht zahlen. Man teilte die „**Radet**“ Mitglieder dem Eigentümer mit, daß er von nun ab keine Lieferungen durch die Straßen schicken soll, denn ein jeder Wagen wird am helllichten Tage auf offener Straße in Brand gesetzt werden.

Der Wäscherei-Besitzer trotzte diesem Verbot, und in sechs Tagen wurden fünf seiner Kaufleute niedergeschlagen und ihre Autos angezündet. Nun wurde er Steuerzahler der Banditen und seither bleibt er unbehelligt. Auf diese Weise zahlt Chicagos Geschäftswelt monatlich 25 Millionen Dollar an die Banditen.

„Senden Sie mir sechs Maschinengewehre.“

Und diese haarsträubenden Zustände werden, so müssen fortbauern, denn — es klingt ungläublich, ist aber wahr — in Chicago kann ein jeder Bandit, wenn er über das notwendige Geld verfügt, so viele Maschinengewehre kaufen, wie er nur will. Es genügt eine bloße Postkarte, und der Waffenfabrikant schickt das Gewünschte.

Eben darum will man jetzt wenigstens die Lieferung von Maschinengewehren an Privatpersonen durch ein Bundesgesetz verbieten. Aber ob diese geplante Maßnahme das Banditenübel beseitigen wird, ist noch recht fraglich. **Paul Diner-Denz.**

Der Vertrauensmann
1888 bis
Tribüne
Monatsschrift
für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur.
Die „Tribüne“ vertritt das sozialistische Ver-
trauensmann über die aktuellen Probleme des internationalen
Sozialismus, der Ökonomie und der Kulturpolitik.
Jahresbezug 40 K., vierteljährlich 10 K., Einzelhefte 4 K.
Bestellungen durch den Vertrauensmann, die Schriftvertriebs-
stelle, Volksbuchhandlung oder direkt durch die Verwaltung
in Prag (L. Nekrasova 18).

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

5. Kongreß des Internationalen Bundes der Privatangestellten.

Im Saale des Zoologischen Gartens in Amsterdam findet unter großer Beteiligung der Angestelltenorganisationen Deutschlands, Englands, Frankreichs, Oesterreichs, Hollands, Schwedens, Ungarns, Tschechiens, Belgiens und der Arbeiterkammer der Sowjetunion der 5. Kongreß der Privatangestellten statt. Der Vorsitzende **Urban** bewies in seiner Eröffnungsrede auf die 20jährige Tätigkeit der freigeberischen Angestellteninternationalen. Mit Recht konnte er den dauernden Auftrieb der internationalen Angestelltenbewegung hervorheben. Dem Bunde gehören bereits 17 Angestelltenverbände verschiedener Staaten an. Mit den dem Bunde noch nicht angeschlossenen Angestelltenverbänden bestehen enge Beziehungen. Der internationale Bund vermag heute in allen Fragen, welche für die Angestellten von Bedeutung sind, seinen Einfluß geltend zu machen. Das Programm, das sich der Bund 1920 gegeben hat, wird verwirklicht werden.

Der Kongreß begrüßte namens des holländischen Angestelltenverbandes **Schunjes**, namens der holländischen Gewerkschaftszentrale **Van der Linde**, für den **J. G. V.** dessen Generalsekretär **Schevelens**. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes **Polinier** betonte, daß das Arbeitsamt ein großes Interesse an der praktischen Arbeit der Gewerkschaftsorganisation habe, damit alle Staaten die auf den internationalen Arbeitskonferenzen beschlossenen Konventionen ratifizieren. Sehr aufmerksam wurde die Begrüßungsrede des Abgeordneten **Kaufhäuser** (Berlin) verfolgt, der die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten fennzeichnete.

Der Bericht des Sekretärs **Smitt** liegt gedruckt vor. Er enthält eine übersichtliche Darstellung über die vielen mit Erfolg durchgeführten Aktionen des internationalen Bundes, über die Tätigkeit der Subgruppen, über die Tätigkeit der dem Bunde angeschlossenen Verbände, ebenso über deren Mitgliederbewegung.

Der Bericht wurde ergänzt durch den Bundessekretär **Smitt**. Er bespricht u. a. die Bemühungen hinsichtlich der Aufhebung der Vorkasse, die Tätigkeit des beim Internationalen Arbeitsamtes errichteten Angestelltenausschusses. Dessen Tätigkeit leidet aber unter dem Mangel an finanziellen Mitteln. Das Arbeitsamt muß sich mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise eingehend mit der Eindämmung der Arbeitslosigkeit befassen. Gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund besteht die Auffassung, daß die Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden eingeschränkt werden muß — verteilt auf sechs Arbeitstage. Die Rationalisierung, die Intensivierung der Arbeit erzwingt eine solche Einschränkung. Die Parlamente in den einzelnen Staaten, aber auch das Internationale Arbeitsamt müssen sich von jetzt an mit dieser Frage befassen.

Der Stand der angeschlossenen Organisationen bewegt sich dauernd aufwärts. Gegenwärtig sind nahezu nur europäische Organisationen dem Bunde angeschlossen. Es besteht aber die begründete Hoffnung, daß in bald auch Angestelltenorganisationen anderer Kontinente beitreten.

Die Debatte eröffnete **Raimon Kassis** (Camí) (Barcelona), der in sehr eindringlicher Weise die Seiten der freien Gewerkschaften Spaniens unter der Diktatur der Generäle schilderte.

Edin (England) dankte vor allem dem Bundesvorstand und dem Sekretär für die geleistete, fruchtbare Arbeit. Er wendet sich sodann der Beantwortung des Zulassungsalters Jugendlicher für die nichtgewerkschaftlichen Betriebe zu. Ein Augenmerk ist der Freizügigkeit zuzuwenden.

Vadenbaker (Wien) bedauert, daß die Beschlüsse des beratenden Ausschusses für Angestellten hinsichtlich des Erforderlichkeits von Internationalen Arbeitsamtes dem beratenden Ausschuss für geistige Arbeit zugewiesen wurden, der aber wahrlich kein Recht hat, bei Fragen, die das Dienstverhältnis der Angestellten betreffen, sich als Zentralbehörde einzurichten. Bezüglich des Zulassungsalters Jugendlicher in nichtgewerkschaftlichen Betrieben ist die Vereinbarung, das schulpflichtige Alter mit 16 Jahren zu bestimmen. Notwendig ist, dem Internationalen Arbeitsamte für den beratenden Ausschuss für Angestelltenfragen größere Mittel abzurufen. Mit jährlich 10.000 Franken ist die Stellung der Angestellten in der Wirtschaft nicht bezahlbar.

Leslie (England) bespricht die Schaffung von Jugendsektionen innerhalb der Angestelltenorganisationen.

Nach einem Schlußwort des Sekretärs **Smitt** wird der Tätigkeitsbericht zur Kenntnis genommen.

Die tschechoslowakische Delegation besteht aus: **Bergmann** und **Rischol** (Allg. Angestelltenverband), **Dr. Sedzcek** und **Kögler** (Berghaus-Angestelltenverband), **Beil** und **Schmann** (Einzelverband), **Wassner** und **Kuderski** (Berwand der Post- und Sportfassenbeamten).

